

177799-2025 - Wettbewerb

Deutschland – Verschiedene von Ingenieuren erbrachte Dienstleistungen – Fabrikgebäude

Duschking - Klärung der Altlastensituation

OJ S 55/2025 19/03/2025

Auftrags- oder Konzessionsbekanntmachung – Standardregelung - Änderungsbekanntmachung
Dienstleistungen

1. Beschaffer

1.1. Beschaffer

Offizielle Bezeichnung: Stadt Altena (Westf.)

E-Mail: post@altena.de

Rechtsform des Erwerbers: Lokale Gebietskörperschaft

Tätigkeit des öffentlichen Auftraggebers: Allgemeine öffentliche Verwaltung

2. Verfahren

2.1. Verfahren

Titel: Fabrikgebäude Duschking - Klärung der Altlastensituation

Beschreibung: Die Stadt Altena hat während der Starkregen- und Hochwasserkatastrophe im Juli 2021 massive Schäden an der städtischen Infrastruktur erlitten. Im Rahmen der Soforthilfe wurden einige Schäden provisorisch instandgesetzt, dennoch benötigt das Stadtgebiet großflächige Wiederherstellungsmaßnahmen. Im Rahmen des Wiederaufbaus bekommt die Stadt Altena finanzielle Mittel vom Bund und dem Land NRW zur Verfügung gestellt. Aufgrund der dokumentierten, langjährigen gewerblichen Vornutzung des Gebäudekomplexes ist vor Beginn des Rückbaus eine umwelttechnische Untergrunderkundung im Hinblick auf vorhandene Schadstoffe und / oder nutzungsbedingte Schadstoffeinträge in den Baugrund notwendig. Eigentümer ist die Stadt Altena selbst, in deren Verantwortung liegt ebenso die Ausschreibung und die Durchführung der Maßnahmen.

Kennung des Verfahrens: 961f7255-15dd-4eb0-a36f-d03a20057638

Interne Kennung: HWSB21-AL-M29-V009

Verfahrensart: Offenes Verfahren

Das Verfahren wird beschleunigt: ja

Begründung des beschleunigten Verfahrens: Das Projekt Duschking wurde als prioritäres Verfahren festgelegt. Dazu führten folgende Gründe: - Die Immobilie befindet sich unmittelbar oberhalb der Bundesstraße und einer wichtigen Bahnstrecke. - Ein Bach verläuft durch und unter dem Gebäude und ist im Verlauf durch das Hochwasser 2021 verschüttet. Ein Beräumen ohne Freilegen (=Gebäudeabriss) ist nicht möglich. - Es besteht die latente Gefahr, dass durch nicht zu erkennende Umstände ein Teilversagen der Gebäudestruktur eintritt und dies dann auf die wichtigen Verkehrswege stürzt. - Es besteht die latente Gefahr, dass durch ein weiteres Starkregenereignis das Gebäude dann endgültig in den nicht standsicheren Zustand gebracht wird, was zu einer sofortigen Sperrung der unterliegenden Straßen- und Bahnanlagen führen würde. Auf Grund der prekären verkehrlichen Situation im Bereich Altena und Umgebung (bspw. Sperrung BAB A45) würde dies zu einem logistischen Kollaps mit ungeahnten Folgen führen. Die vorausgehenden Planungsausschreibungen mussten mehrfach im Rahmen von EU-weiten Verhandlungsvergaben wiederholt werden, da durch die schwierige Marktlage kein Planer gefunden wurde. Dies konnte erst in der 2. Wiederholung erfolgreich beendet werden. Hier hatte sich auch nur ein Bieter beteiligt. Die langen

Vergabefristen führten zu einer deutlichen Verschiebung der geplanten Terminkette mit einer dadurch bedingten Risikoerhöhung auf Grund der oben beschriebenen Gründe. Es war geplant, dass das beauftragte Planungsbüro noch erforderliche Untersuchungen und Planungen eruieren muss, deren Umfang zu bestimmen hat und diese Vorschläge erarbeitet. Sowohl Umfang als auch Art und Weise waren zunächst unbestimmt. Mit der hier beschriebenen Leistung soll die Altlastensituation bewertet werden. Diese ist wiederum Voraussetzung, damit die Planung für den Abriss und die nachfolgende Gestaltung des Bachlaufs weiterverfolgt werden kann.

2.1.1. Zweck

Art des Auftrags: Dienstleistungen

Haupteinstufung (cpv): 71330000 Verschiedene von Ingenieuren erbrachte Dienstleistungen

2.1.2. Erfüllungsort

Postanschrift: Lüdenscheider Str. 22

Stadt: Altena

Postleitzahl: 58762

Land, Gliederung (NUTS): Märkischer Kreis (DEA58)

Land: Deutschland

2.1.4. Allgemeine Informationen

Zusätzliche Informationen: Bekanntmachungs-ID: CXPWY6GLC7W Es handelt sich bei diesem Projekt um eine durch das Land Nordrhein-Westfalen und die Bundesrepublik Deutschland geförderte Maßnahme zur Beseitigung von Schäden an öffentlicher und privater Infrastruktur sowie zum Wiederaufbau anlässlich der Starkregen- und Hochwasserkatastrophe im Juli 2021 (Förderrichtlinie (FRL) Wiederaufbau Nordrhein-Westfalen) vom 10. September 2021.

Rechtsgrundlage:

Richtlinie 2014/24/EU

vgl. -

2.1.6. Ausschlussgründe

Rein innerstaatliche Ausschlussgründe: Bieter haben mit Angebotsabgabe eine Eigenklärung zum Nichtvorliegen von Ausschlussgründen nach §§ 123 124 sowie den in § 124 Abs. 2 benannten Drittgesetzen einzureichen.

Der Zahlungsunfähigkeit vergleichbare Lage gemäß nationaler Rechtsvorschriften: Bieter haben mit Angebotsabgabe eine Eigenklärung zum Nichtvorliegen von Ausschlussgründen nach §§ 123 124 sowie den in § 124 Abs. 2 benannten Drittgesetzen einzureichen.

Korruption: Bieter haben mit Angebotsabgabe eine Eigenklärung zum Nichtvorliegen von Ausschlussgründen nach §§ 123 124 sowie den in § 124 Abs. 2 benannten Drittgesetzen einzureichen.

Beteiligung an einer kriminellen Vereinigung: Bieter haben mit Angebotsabgabe eine Eigenklärung zum Nichtvorliegen von Ausschlussgründen nach §§ 123 124 sowie den in § 124 Abs. 2 benannten Drittgesetzen einzureichen.

Vereinbarungen mit anderen Wirtschaftsteilnehmern zur Verzerrung des Wettbewerbs: Bieter haben mit Angebotsabgabe eine Eigenklärung zum Nichtvorliegen von Ausschlussgründen nach §§ 123 124 sowie den in § 124 Abs. 2 benannten Drittgesetzen einzureichen.

Verstoß gegen umweltrechtliche Verpflichtungen: Bieter haben mit Angebotsabgabe eine Eigenklärung zum Nichtvorliegen von Ausschlussgründen nach §§ 123 124 sowie den in § 124 Abs. 2 benannten Drittgesetzen einzureichen.

Geldwäsche oder Terrorismusfinanzierung: Bieter haben mit Angebotsabgabe eine Eigenklärung zum Nichtvorliegen von Ausschlussgründen nach §§ 123 124 sowie den in § 124 Abs. 2 benannten Drittgesetzen einzureichen.

Betrugsbekämpfung: Bieter haben mit Angebotsabgabe eine Eigenklärung zum Nichtvorliegen von Ausschlussgründen nach §§ 123 124 sowie den in § 124 Abs. 2 benannten Drittgesetzen einzureichen.

Kinderarbeit und andere Formen des Menschenhandels: Bieter haben mit Angebotsabgabe eine Eigenklärung zum Nichtvorliegen von Ausschlussgründen nach §§ 123 124 sowie den in § 124 Abs. 2 benannten Drittgesetzen einzureichen.

Zahlungsunfähigkeit: Bieter haben mit Angebotsabgabe eine Eigenklärung zum Nichtvorliegen von Ausschlussgründen nach §§ 123 124 sowie den in § 124 Abs. 2 benannten Drittgesetzen einzureichen.

Verstoß gegen arbeitsrechtliche Verpflichtungen: Bieter haben mit Angebotsabgabe eine Eigenklärung zum Nichtvorliegen von Ausschlussgründen nach §§ 123 124 sowie den in § 124 Abs. 2 benannten Drittgesetzen einzureichen.

Verwaltung der Vermögenswerte durch einen Insolvenzverwalter: Bieter haben mit Angebotsabgabe eine Eigenklärung zum Nichtvorliegen von Ausschlussgründen nach §§ 123 124 sowie den in § 124 Abs. 2 benannten Drittgesetzen einzureichen.

Falsche Angaben, verweigerte Informationen, die nicht in der Lage sind, die erforderlichen Unterlagen vorzulegen, und haben vertrauliche Informationen über dieses Verfahren erhalten.: Bieter haben mit Angebotsabgabe eine Eigenklärung zum Nichtvorliegen von Ausschlussgründen nach §§ 123 124 sowie den in § 124 Abs. 2 benannten Drittgesetzen einzureichen.

Interessenkonflikt aufgrund seiner Teilnahme an dem Vergabeverfahren: Bieter haben mit Angebotsabgabe eine Eigenklärung zum Nichtvorliegen von Ausschlussgründen nach §§ 123 124 sowie den in § 124 Abs. 2 benannten Drittgesetzen einzureichen.

Direkte oder indirekte Beteiligung an der Vorbereitung des Vergabeverfahrens: Bieter haben mit Angebotsabgabe eine Eigenklärung zum Nichtvorliegen von Ausschlussgründen nach §§ 123 124 sowie den in § 124 Abs. 2 benannten Drittgesetzen einzureichen.

Schwere Verfehlung im Rahmen der beruflichen Tätigkeit: Bieter haben mit Angebotsabgabe eine Eigenklärung zum Nichtvorliegen von Ausschlussgründen nach §§ 123 124 sowie den in § 124 Abs. 2 benannten Drittgesetzen einzureichen.

Vorzeitige Beendigung, Schadensersatz oder andere vergleichbare Sanktionen: Bieter haben mit Angebotsabgabe eine Eigenklärung zum Nichtvorliegen von Ausschlussgründen nach §§ 123 124 sowie den in § 124 Abs. 2 benannten Drittgesetzen einzureichen.

Verstoß gegen sozialrechtliche Verpflichtungen: Bieter haben mit Angebotsabgabe eine Eigenklärung zum Nichtvorliegen von Ausschlussgründen nach §§ 123 124 sowie den in § 124 Abs. 2 benannten Drittgesetzen einzureichen.

Zahlung der Sozialversicherungsbeiträge: Bieter haben mit Angebotsabgabe eine Eigenklärung zum Nichtvorliegen von Ausschlussgründen nach §§ 123 124 sowie den in § 124 Abs. 2 benannten Drittgesetzen einzureichen.

Einstellung der gewerblichen Tätigkeit: Bieter haben mit Angebotsabgabe eine Eigenklärung zum Nichtvorliegen von Ausschlussgründen nach §§ 123 124 sowie den in § 124 Abs. 2 benannten Drittgesetzen einzureichen.

Entrichtung von Steuern: Bieter haben mit Angebotsabgabe eine Eigenklärung zum Nichtvorliegen von Ausschlussgründen nach §§ 123 124 sowie den in § 124 Abs. 2 benannten Drittgesetzen einzureichen.

Terroristische Straftaten oder Straftaten im Zusammenhang mit terroristischen Aktivitäten: Bieter haben mit Angebotsabgabe eine Eigenerklärung zum Nichtvorliegen von Ausschlussgründen nach §§ 123 124 sowie den in § 124 Abs. 2 benannten Drittgesetzen einzureichen.

5. Los

5.1. Los: LOT-0001

Titel: Fabrikgebäude Duschking - Klärung der Altlastensituation

Beschreibung: Dafür sind folgende obligatorische Leistungen zu erbringen: - Sichtung der vorliegenden Unterlagen (Grundlagenermittlung) - Erstbegehung / Erkundung des Bauzustandes - Erstellung Erkundungsplan - Erstellung von Untergrundaufschlüssen mit direkten Verfahren (z. B. Bohrungen, Schürfe) zur Gewinnung von Bodenproben - Dokumentation der Untergrundaufschlüsse in Schichtenverzeichnissen und Dokumentation der Ergebnisse in Säulenprofilen - Zusammenstellung der Bodenproben für die analytischen Untersuchungen, ggf. Herstellung von Mischproben - Auswertung der analytischen Untersuchungsergebnisse, ggf. Veranlassung von analytischen Nachuntersuchungen auf ergänzende Untersuchungsparameter; Darstellung der positiven Ergebnisse bzw. Schadstoffbefunde in Lageplänen, Profilschnitten, etc. - Bewertung der Untersuchungsergebnisse anhand der BBodSchV für die relevanten Wirkungspfade vor dem Hintergrund der geplanten Nutzung (renaturierte Grünfläche) - Dokumentation sämtlicher Untersuchungsergebnisse in Form eines Berichtes / Gutachtens (Altlastengutachten). sowie die Ausführung folgender optionaler Leistungen möglich: - Durchführung von chemischen Untersuchungen an den Bodenproben gemäß Bundes-Bodenschutz- und Altlastenverordnung (BBodSchV), Ersatzbaustoffverordnung (EBV) und / oder Deponieverordnung (DepV), ggf. produktionsspezifische Parameter resultierend aus der ehemaligen Nutzung (z.B. Verzinkerei) - Ggf. Benennung der nach dem Rückbau anfallenden Abfallarten und Abschätzung der anfallenden Mengen je Abfallart (nur bei nachgewiesenen Untergrundverunreinigungen).
Interne Kennung: HWSB21-AL-M29-V009

5.1.1. Zweck

Art des Auftrags: Dienstleistungen

Haupteinstufung (cpv): 71330000 Verschiedene von Ingenieuren erbrachte Dienstleistungen

5.1.2. Erfüllungsort

Postanschrift: Lüdenscheider Str. 22

Stadt: Altena

Postleitzahl: 58762

Land, Gliederung (NUTS): Märkischer Kreis (DEA58)

Land: Deutschland

5.1.3. Geschätzte Dauer

Laufzeit: 16 Wochen

5.1.6. Allgemeine Informationen

Auftragsvergabeprojekt nicht aus EU-Mitteln finanziert

Die Beschaffung fällt unter das Übereinkommen über das öffentliche Beschaffungswesen: nein

Diese Auftragsvergabe ist auch für kleine und mittlere Unternehmen (KMU) geeignet: ja

Zusätzliche Informationen: #Besonders auch geeignet für:freelance#, #Besonders auch

geeignet für:selbst#, #Besonders auch geeignet für:other-sme# Die BVB Tariftreue NRW sind zu beachten. Es gilt das TVgG NRW.

5.1.7. Strategische Auftragsvergabe

Ziel der strategischen Auftragsvergabe: Keine strategische Beschaffung

5.1.9. Eignungskriterien

Kriterium:

Art: Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit

Bezeichnung: Berufshaftpflichtversicherung - Mindestanforderung an die Eignung

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Die Bieter haben mit Angebotsabgabe den Nachweis per Eigenerklärung über das Vorhandensein bzw. den Abschluss einer

Berufshaftpflichtversicherung zu führen. Folgende Mindestanforderungen gelten: - mindestens 5 Mio. EUR je Verstoß für Personenschäden sowie - mindestens 3 Mio. EUR je Verstoß für sonstige Schäden (Sachschäden und Vermögensschäden). Die Gesamtleistung des Versicherers innerhalb eines Versicherungsjahres muss mindestens das Doppelte dieser Deckungssummen betragen. Sofern ein Versicherungsschutz im vorstehenden Sinne (noch) nicht besteht, ist eine Eigenerklärung des Bieters/der Bietergemeinschaft ausreichend, wonach im Auftragsfall ein Versicherungsschutz im vorstehenden Sinne erfolgen kann (§ 45 Abs. 4 Nr. 2 VgV). Der Auftraggeber behält sich vor, bei Bedarf die Bestätigung des Versicherers bzw. Police anzufordern.

Kriterium:

Art: Technische und berufliche Leistungsfähigkeit

Bezeichnung: Unternehmensreferenzen - Mindestanforderung an die Eignung

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Der Auftraggeber bewertet im Rahmen der technischen Leistungsfähigkeit geeignete Referenzen über früher ausgeführte Dienstleistungsaufträge in Form einer Liste der in den letzten höchstens drei Jahren erbrachten Dienstleistungen mit Angabe des Werts, des Erbringungszeitpunkts sowie des öffentlichen oder privaten Empfängers. Die Angabe zu den vorbenannten Aspekten sind in der Anlage 10 zu tätigen. Daneben ist zwingend eine individuelle Referenzbeschreibung durch die Bieter einzureichen, die 3 DIN A4 Seiten nicht übersteigen soll. Hierbei gilt folgende Mindestanforderung an die Leistungsfähigkeit: Mindestens drei Referenzen über jeweils eine mit hiesiger Leistung vergleichbare Durchführung von Altlasterkundungen inkl. Altlastbegutachtung im Bereich von Industrie- bzw. Gewerbestandorten. Damit eine Referenz berücksichtigt werden kann, muss diese aus den letzten drei Jahren stammen. Referenzzeitpunkt für die Bestimmung des 3-Jahres-Korridors ist der Tag der Angebotsfrist.

Kriterium:

Art: Technische und berufliche Leistungsfähigkeit

Bezeichnung: technische Fachkräfte - Mindestanforderung an die Eignung

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Der Auftraggeber bewertet im Rahmen der technischen Leistungsfähigkeit auch die Angabe von technischen Fachkräften oder der technischen Stellen, die im Zusammenhang mit der Leistungserbringung eingesetzt werden sollen, unabhängig davon, ob diese dem Unternehmen angehören oder nicht, und zwar insbesondere derjenigen, die mit der Qualitätskontrolle beauftragt sind. Hierbei gilt als Mindestanforderung, dass mind. eine Person über eine besondere Sachverständigenqualifikation verfügt. Nachzuweisen per Eigenerklärung ist hierzu mind. die Anerkennung als Sachverständiger für Boden- und Altlastenuntersuchungen durch die zuständigen Behörden der Bundesländer gem. einem Ausführungsgesetz gem. § 18 BBodSchG. Der Auftraggeber akzeptiert auch Eigenerklärungen zu gleichwertigen Anerkennung aus anderen EU-Staaten.

Kriterium:

Art: Sonstiges

Bezeichnung: Angabe, welche Teile des Auftrags das Unternehmen unter Umständen als Unteraufträge zu vergeben beabsichtigt (Nachunternehmer)

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Bieter können Teile des Auftrags als Unteraufträge vergeben. Hierzu müssen diese mit dem Angebot einreichen: - Nachunternehmerverzeichnis unter Angabe der Teilleistung. Spätestens auf gesonderte Anforderung durch den Auftraggeber nach Angebotsfrist sind zusätzlich einzureichen: Verpflichtungserklärung des/der Nachunternehmer - Eignungsnachweise als Eigenerklärung der Nachunternehmer: + Eigenerklärung zum Nichtvorliegen von Ausschlussgründen nach §§ 123 und 124 GWB + Eigenerklärung zur Selbstreinigung (falls Ausschlussgründe vorliegen) + Eigenerklärung über das Bestehen bzw. den Abschluss einer Berufshaftpflichtversicherung + Eigenerklärung zur Angabe der technischen Fachkräfte + Eigenerklärung zu Referenzen im relevanten Bereich, in dem die Nachunternehmerleistung erbracht werden soll + Eigenerklärung zur Berufsbefähigung nach § 75 Abs. 1 oder Abs. 2 VgV

Kriterium:

Art: Sonstiges

Bezeichnung: Kapazitäten anderer Unternehmen (Eignungsleihe)

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Eignungsleihe: Ein Bieter kann (auch als Mitglied einer Bietergemeinschaft) für einen bestimmten öffentlichen Auftrag im Hinblick auf die erforderliche wirtschaftliche und finanzielle sowie die technische und berufliche Leistungsfähigkeit die Kapazitäten anderer Unternehmen in Anspruch nehmen, wenn er nachweist, dass ihm die für den Auftrag erforderlichen Mittel tatsächlich zur Verfügung stehen werden, indem er eine entsprechende Verpflichtungserklärung dieser Unternehmen vorlegt. Der öffentliche Auftraggeber überprüft im Rahmen der Eignungsprüfung, ob die Unternehmen, deren Kapazitäten der Bieter für die Erfüllung bestimmter Eignungskriterien in Anspruch nehmen will, die entsprechenden Eignungskriterien erfüllen und ob Ausschlussgründe vorliegen. Nimmt der Bieter im Hinblick auf die Kriterien für die wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit im Rahmen einer Eignungsleihe die Kapazitäten anderer Unternehmen in Anspruch, müssen diese gemeinsam für die Auftragsausführung entsprechend des Umfangs der Eignungsleihe haften. Bei Eignungsleihe ist mit dem Angebot beizubringen: - Eigenerklärung des Bieters Kapazitäten anderer Unternehmen in Anspruch zu nehmen. Spätestens auf gesonderte Anforderung durch den AG sind einzureichen: - Verpflichtungserklärung des Leihenden seine Kapazitäten zur Verfügung zu stellen -Eignungserklärung des Leihenden zur Überprüfung durch den AG, ob er geeignet ist den Zweck der Beleihung durch den Bieter zu erfüllen + Eigenerklärung zum Nichtvorliegen von Ausschlussgründen nach §§ 123 und 124 GWB + Eigenerklärung zur Selbstreinigung (falls Ausschlussgründe vorliegen) + Eigenerklärung über das Bestehen bzw. den Abschluss einer Berufshaftpflichtversicherung + Eigenerklärung zur Angabe der technischen Fachkräfte sowie zu Referenzen im relevanten Bereich, in dem die Nachunternehmerleistung erbracht werden soll, bedarf es nur bei der Eignungsleihe bzgl. technischer Leistungsfähigkeit.

Kriterium:

Art: Sonstiges

Bezeichnung: Präqualifikation

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Unternehmen, die in der Präqualifizierungsdatenbank AVPQ (Amtliches Verzeichnis Präqualifizierter Unternehmen) (<https://amtliches-verzeichnis.ihk.de/>) bzw. einer anderen für den öffentlichen Auftraggeber kostenfreien Datenbank innerhalb der EU registriert sind, können dies bei Abgabe eines Angebots durch Angabe der

Registrierungsnummer angeben. Sofern vom Auftraggeber mit dem Angebot Nachweise gefordert werden, die nicht in der v. g. Datenbank enthalten sind, sind diese ergänzend einzureichen. Einheitliche Europäische Eigenerklärung: Als vorläufiger Nachweis der Eignung für die zu vergebene Leistung kann mit dem Teilnahmeantrag eine Einheitliche Europäische Eigenerklärung (EEE) abgegeben werden

Kriterium:

Art: Sonstiges

Bezeichnung: Bietergemeinschaft

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Bietergemeinschaften haben mit ihrem Teilnahmeantrag eine von allen Mitgliedern abgegebene Erklärung beizubringen, in der die Bildung einer Bietergemeinschaft im Fall der Angebotsbearbeitung und einer Arbeitsgemeinschaft im Fall der Auftragserteilung erklärt ist, welche die gesamtschuldnerische Haftung der Bietergemeinschaft übernimmt, in der alle Mitglieder aufgeführt sind und der bevollmächtigte Vertreter bezeichnet ist sowie erklärt wird, dass der bevollmächtigte Vertreter die Mitglieder gegenüber dem Auftraggeber rechtsverbindlich vertritt. Bei Bietergemeinschaften sind geforderte Erklärungen/Nachweise für jedes Bietergemeinschaftsmitglied mit dem Angebot einzureichen, sofern dies nicht anders ausgewiesen ist. Ein Wechsel der Identität des Bieters oder der Bietergemeinschaft ist nicht zugelassen

Kriterium:

Art: Sonstiges

Bezeichnung: Sonstige Erklärungen, die mit Angebotsabgabe abzugeben sind

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Angaben zur Abfrage des Wettbewerbsregisters Im Falle einer Bietergemeinschaft ist die Unterlage von jedem Mitglied der Bietergemeinschaft einzureichen. - Eigenerklärung entsprechend dem BMWK-Rundschreiben vom 14.04.2022 über die Einhaltung der Sanktionen gegen die Russische Föderation (sog. "Russlanderklärung"). Im Falle einer Bietergemeinschaft ist die Unterlage von jedem Mitglied der Bietergemeinschaft einzureichen.

5.1.11. Auftragsunterlagen

Sprachen, in denen die Auftragsunterlagen offiziell verfügbar sind: Deutsch

Frist für die Anforderung zusätzlicher Informationen: 22/03/2025 23:59:59 (UTC+01:00)

Mitteuropäische Zeit, Westeuropäische Sommerzeit

Internetadresse der Auftragsunterlagen: <https://www.vergabe-westfalen.de/VMPSatellite/notice/CXPWY6GLC7W/documents>

Ad-hoc-Kommunikationskanal:

URL: <https://www.vergabe-westfalen.de/VMPSatellite/notice/CXPWY6GLC7W>

5.1.12. Bedingungen für die Auftragsvergabe

Bedingungen für die Einreichung:

Elektronische Einreichung: Erforderlich

Adresse für die Einreichung: <https://www.vergabe-westfalen.de/VMPSatellite/notice/CXPWY6GLC7W>

Sprachen, in denen Angebote oder Teilnahmeanträge eingereicht werden können: Deutsch

Elektronischer Katalog: Nicht zulässig

Varianten: Nicht zulässig

Die Bieter können mehrere Angebote einreichen: Nicht zulässig

Frist für den Eingang der Angebote: 28/03/2025 12:00:00 (UTC+01:00) Mitteleuropäische Zeit, Westeuropäische Sommerzeit

Dauer, während der das Angebot gültig bleiben muss: 1 Monat

Informationen, die nach Ablauf der Einreichungsfrist ergänzt werden können:

Nach Ermessen des Käufers können alle fehlenden Bieterunterlagen nach Fristablauf nachgereicht werden.

Zusätzliche Informationen: Eine Nachforderung von Unterlagen ist nach § 56 Abs. 2 VgV nicht ausgeschlossen.

Informationen über die öffentliche Angebotsöffnung:

Eröffnungstermin: 28/03/2025 12:00:00 (UTC+01:00) Mitteleuropäische Zeit, Westeuropäische Sommerzeit

Auftragsbedingungen:

Die Auftragsausführung muss im Rahmen von Programmen für geschützte

Beschäftigungsverhältnisse erfolgen: Nein

Bedingungen für die Ausführung des Auftrags: siehe Vergabeunterlagen

Elektronische Rechnungsstellung: Erforderlich

Aufträge werden elektronisch erteilt: ja

Zahlungen werden elektronisch geleistet: ja

5.1.15. Techniken

Rahmenvereinbarung:

Keine Rahmenvereinbarung

Informationen über das dynamische Beschaffungssystem:

Kein dynamisches Beschaffungssystem

Elektronische Auktion: nein

5.1.16. Weitere Informationen, Schlichtung und Nachprüfung

Überprüfungsstelle: Vergabekammer Westfalen

Informationen über die Überprüfungsfristen: (1) Die Vergabekammer leitet ein Nachprüfungsverfahren nur auf Antrag ein. (2) Antragsbefugt ist jedes Unternehmen, das ein Interesse an dem öffentlichen Auftrag oder der Konzession hat und eine Verletzung in seinen Rechten nach § 97 Absatz 6 durch Nichtbeachtung von Vergabevorschriften geltend macht. Dabei ist darzulegen, dass dem Unternehmen durch die behauptete Verletzung der Vergabevorschriften ein Schaden entstanden ist oder zu entstehen droht. (3) Der Antrag ist unzulässig, soweit 1. der Antragsteller den geltend gemachten Verstoß gegen Vergabevorschriften vor Einreichen des Nachprüfungsantrags erkannt und gegenüber dem Auftraggeber nicht innerhalb einer Frist von zehn Kalendertagen gerügt hat; der Ablauf der Frist nach § 134 Absatz 2 bleibt unberührt, 2. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden, 3. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden, 4. mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind. Satz 1 gilt nicht bei einem Antrag auf Feststellung der Unwirksamkeit des Vertrags nach § 135 Absatz 1 Nummer 2 GWB. § 134 Absatz 1 Satz 2 GWB bleibt unberührt.

Organisation, die zusätzliche Informationen über das Vergabeverfahren bereitstellt: Stadt Altena (Westf.)

Organisation, die Teilnahmeanträge entgegennimmt: Stadt Altena (Westf.)

TED eSender: Datenservice Öffentlicher Einkauf (in Verantwortung des Beschaffungsamts des BMI)

8. Organisationen

8.1. ORG-0001

Offizielle Bezeichnung: Stadt Altena (Westf.)

Registrierungsnummer: 059620004004-31001-46

Postanschrift: Lüdenscheider Str. 22

Stadt: Altena

Postleitzahl: 58762

Land, Gliederung (NUTS): Märkischer Kreis (DEA58)

Land: Deutschland

E-Mail: post@altena.de

Telefon: 0235220920

Rollen dieser Organisation:

Beschaffer

Organisation, die zusätzliche Informationen über das Vergabeverfahren bereitstellt

Organisation, die Teilnahmeanträge entgegennimmt

8.1. ORG-0002

Offizielle Bezeichnung: Vergabekammer Westfalen

Registrierungsnummer: 05515-03004-07

Postanschrift: Albrecht-Thaer-Straße 9

Stadt: Münster

Postleitzahl: 48147

Land, Gliederung (NUTS): Münster, Kreisfreie Stadt (DEA33)

Land: Deutschland

E-Mail: vergabekammer@bezreg-muenster.nrw.de

Telefon: 02514111691

Fax: 02514112165

Rollen dieser Organisation:

Überprüfungsstelle

8.1. ORG-0003

Offizielle Bezeichnung: Datenservice Öffentlicher Einkauf (in Verantwortung des Beschaffungsamts des BMI)

Registrierungsnummer: 0204:994-DOEVD-83

Stadt: Bonn

Postleitzahl: 53119

Land, Gliederung (NUTS): Bonn, Kreisfreie Stadt (DEA22)

Land: Deutschland

E-Mail: noreply.esender_hub@bescha.bund.de

Telefon: +49228996100

Rollen dieser Organisation:

TED eSender

10. Änderung

Fassung der zu ändernden vorigen Bekanntmachung

:

f5c1344a-af05-4732-971e-ed375f3172b8-01

Hauptgrund für die Änderung

:
Korrektur – Beschaffer

Beschreibung

:

Im Rahmen der Verfahrensangaben wurden Angaben unter dem Punkt "Adresse des Auftraggebers" korrigiert. Im Rahmen der Verfahrensangaben wurde die Information unter dem Punkt "Zuständige Stelle für Rechtsbehelfs-/Nachprüfungsverfahren" berichtigt. Zuvor war dort ein fehlerhafter Eintrag erfolgt, der eine Rechtsanwaltskanzlei als zuständige Stelle nannte. Dieser Fehler wurde nun korrigiert, indem die Vergabekammer Westfalen als zuständige Stelle für Rechtsbehelfs-/Nachprüfungsverfahren angegebene wurde.

10.1. Änderung

Abschnittskennung: PROCEDURE

Beschreibung der Änderungen: Unter dem Punkt "Adresse des Auftraggebers" wurden folgende Punkte geändert: Hauptadresse (URL), Kontaktstelle, E-Mail, Telefon, Fax. Unter dem Punkt "Zuständige Stelle für Rechtsbehelfs-/Nachprüfungsverfahren" wurden folgende Punkte geändert: Offizielle Bezeichnung, Nationale Identifikationsnummer, Postanschrift, Postleitzahl, Ort, NUTS-Code, E-Mail, Telefon, Fax.

Informationen zur Bekanntmachung

Kennung/Fassung der Bekanntmachung: bcfe524e-0b0d-4ec6-9c9c-386ff547462f - 01

Formulartyp: Wettbewerb

Art der Bekanntmachung: Auftrags- oder Konzessionsbekanntmachung – Standardregelung

Unterart der Bekanntmachung: 16

Datum der Übermittlung der Bekanntmachung: 17/03/2025 16:42:51 (UTC+01:00)

Mitteuropäische Zeit, Westeuropäische Sommerzeit

Sprachen, in denen diese Bekanntmachung offiziell verfügbar ist: Deutsch

Veröffentlichungsnummer der Bekanntmachung: 177799-2025

ABl. S – Nummer der Ausgabe: 55/2025

Datum der Veröffentlichung: 19/03/2025